

03.03.2015 10:39:37 AWP 0725

Schweiz / 3003 (AWP)

Politik

Ständerat will an biometrischen Visa festhalten

Bern (awp/sda) - Die Einführung von biometrischen Visa könnte zum Untergang des internationalen Genf führen, warnt der Kanton Genf. Es sei ein Problem, dass diese Visa nicht in jedem Land erhältlich seien. Der Ständerat hatte am Dienstag für die Standesinitiative Genfs aber kein Gehör.

Hintergrund ist die Einführung des Visainformationssystems (VIS) durch die Schengen-Mitgliedstaaten. Im VIS werden biometrische Daten jener Personen erfasst, die ein Schengen-Visum beantragen. Registriert werden ein digitales Gesichtsbild sowie zehn Fingerabdrücke. Diese Änderung bringe für verschiedene langjährige Partnerländer der Schweiz teils unüberwindbare Hürden, begründet Genf den Vorstoss.

Denn die Schweiz habe nicht nur mehrere Konsulate geschlossen, sondern auch eine Auswahl an Standorten getroffen, die biometrische Visa ausstellen. Dies führe zur paradoxen Situation, dass es in gewissen Schwerpunktländern der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) nicht mehr möglich sei, sich ein Visum für die Schweiz ausstellen zu lassen. Betroffen seien unter anderem Bolivien, Uganda oder Palästina. Personen aus den betroffenen Ländern müssten teils erst tausende Kilometer zurücklegen und in ein anderes Land reisen, um ein Visum zu erhalten.

Dies sei nicht nur für Mitglieder von nichtstaatlichen Organisationen (NGO) ein Problem, sondern auch für Regierungen, die an UNO-Konferenzen in Genf teilnehmen wollten. So müsse eine Delegation neben den ohnehin teuren Aufenthaltskosten in Genf auch über tausend Franken pro Person für die Visakosten aufwenden.

Der Kanton Genf warnt in seiner Initiative, internationale Organisationen könnten künftig für ihre Konferenzen leichter zugängliche Standorte wählen oder gar ihre Sitze verschieben. Mit der Standesinitiative forderte der Kanton deshalb, dass auch in jenen Ländern wieder Visa ausgestellt werden, in denen dies heute nicht mehr möglich ist.

BEREITS WEITGEHEND ERFÜLLT

Der Ständerat wollte von einer solchen Änderung nichts wissen, er lehnte die Standesinitiative stillschweigend ab. Die vorberatende Kommission habe festgestellt, dass in der Zwischenzeit bereits Massnahmen umgesetzt worden seien, die es praktisch jedem Gesuchsteller ermöglichen, ein Visumsgesuch im eigenen Land zu stellen, sagte Kommissionssprecher Felix Gutzwiller (FDP/ZH). Allerdings müsse das Aussendepartement noch besser über diese Massnahmen informieren.

Nur in einer kleinen Anzahl von Ländern sei es weiterhin nicht möglich, ein entsprechendes Visumsgesuch einzureichen, sagte Gutzwiller. Dazu zählten Afghanistan, Jemen, Nordkorea und Syrien. Aus sicherheitspolitischen Gründen sei dieser Entscheid verständlich.

"Die getroffenen Massnahmen sind geeignet, das internationale Genf zu stärken", sagte Gutzwiller. Das Anliegen der Standesinitiative sei weitgehend erfüllt. Als nächstes wird der Nationalrat die Standesinitiative behandeln.